

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Bettzeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 276.

Montag, den 25. November 1918.

75. Jahrgang.

Rat und Tat.

Das Recht des Reiches, der Staaten, der Gemeinden ist nur noch ein Trümmerhaufen. Bundesrat, Reichstag, Landtage sind in die Ecke gestellt; Magistrate arbeiten unter Kontrolle neuer Männer. Die Beseitigung des Bestehenden ist das natürliche erste Werk jeder Revolution. Aber nur das erste. Auch der neue aus der Umwälzung hervorgehende Staat bedarf einer Rechtsordnung. Ihre Herstellung und Vorbereitung sind das Kennzeichen des öffentlichen Lebens der letzten Woche gewesen und werden die nächsten Monate vorwiegend ausfüllen.

Die neue Ordnung bedarf der Hilfe der alten, ihrer Beamten, und findet sie. Sie bildet sich aber auch neue Organe. Überall im Reich werden „Räte“ gewählt, die an der Regierungsgewalt, Verwaltung und Kontrolle Anteil haben oder in Anspruch nehmen. Eine Art Selbstverwaltung bildet sich so heran. Sie wird ihre Kräfte schulen und üben, wird frisches Leben in manche alte Stube bringen, in der vormals schwermütige Alten das Leben oft befehligen, anstatt es zu fördern.

Eine der wichtigsten, stärksten Organe der neuen Ordnung sind die Soldatenräte. Sie sind nicht aus dem Boden geschossen, aber sofort regt sich das natürliche Bedürfnis der Verbindung untereinander, der Organisation. Sie lagern, die doch ihrer Natur nach nur eine vorübergehende Erscheinung sein können, erkennen sofort die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, einer Ordnung und Richtschnur für dies Handeln. Es steht sich in allem menschlichen Zusammenwirken die natürliche Notwendigkeit einer ordnenden Regel durch, — das ist das Kennzeichen des Lebens. Mitten in der Unruhe, selbst in den neuen Gebilden des Überganges bricht es sich Bahn und sammelt die Kräfte der Volksgenossen zu gemeinsamem Werk.

Nur ein Tor, ein weltfremder Einsiedler könnte erwarten, daß dies neue Leben mit einem Zauberstab sein Werk fix und fertig in die Welt setzen könnte. Immer wieder müssen Ungeübte hingewiesen werden auf die ungeheuren Aufgaben der Zeit, jede einzelne ein Riesenswerk für einen Einzelnen oder viele Einzelne! Die Rückkehr von Millionen Soldaten, ihre und unsere Ernährung, die Vorbereitung der neuen Wahlen, der neuen Verfassung für die Republik, die Sorge für die Volkswirtschaft, das Gewerbe, das neu aufgebaut werden muß; dazu die Vorbereitung des Friedensschlusses, der Lebensfrage der Beschaffung von Lebensmitteln, der Abfertigung für die Wehrer, Geldmitteln für die Entschädigungen an Belgien und anderen Staaten, — dies und vieles andere muß in kurzer Frist geschafft werden von Männern, denen ihr Amt dazu über Nacht zugefallen ist, — deren Arbeitsgebiete wohl gegeneinander abgegrenzt und zugleich miteinander verbunden werden müssen! Ein fast übermenschliches Werk, nur dadurch möglich, daß die natürlichen Gesetze des Menschenlebens und Menschengeistes den Wirkenden und ihrem Werk zu Hilfe kommen.

Der aufgestaute Ameisenhaufen in den großen Städten paßt sich in das neue Leben ein, die neuen Organe verständigen sich miteinander, und selbst im Reigen der vorhandenen Gegensätze in öffentlichen Beratungen, im Streik der Meinungen unter den Trägern der Macht zeigt sich eine ausgleichende Einsicht, — daß nämlich eine Verständigung notwendig und unentbehrlich ist, wenn nicht das neue Leben einer neuen Erschütterung verfallen soll.

Die Zeichen der Zeit liefern den Beweis, daß die deutsche Revolution, obwohl sie im Handumdrehen geradezu alles über den Haufen warf, dennoch im Innersten ihres Wesens einer aufbauenden Kraft entkörpert ist und von dieser getragen und gelenkt wird. Diese Kraft und die Einsicht, von der sie lebt, sind offenbar weit stärker, als die chaotischen Gewalten, deren Fanatismus sich nicht genug tun kann an Plänen und Absichten für den Neubau der Welt. Daß es an Fanatikern nicht fehlt, haben wir in der letzten Woche erfahren, wenn wir es nicht schon vorher gewußt haben; aber sie sind nicht so stark wie die Vernunft und ihre Anhänger, deren starker Verbündeter das Leben selbst ist mit seinen ordnenden Kräften.

Diesen Kräften leisten die Landleute einen großen Dienst, wenn sie tun, was sie können, um so viel Nahrungsmittel bereitzustellen wie möglich. Der einsehende Großfürst die Verladung von Kartoffeln, aber ermöglicht, beugt dem Hungertode der Kornmieten. Die Rüben-ernte drängt, gewiß; aber der Druck ist so dringlich, daß er im Interesse des ganzen, aber auch in dem der Landleute selbst allen anderen Arbeiten vorgehen muß, wenn die trockene Witterung es gestattet. Die heimkehrenden Soldaten bringen neue Arbeitskraft auf das Land, was gewiß sehr nötig ist. Werde werden frei und Menschen. Mit ihrer Hilfe und mit der Anspannung aller Kräfte kann und muß verhindert werden, daß die Großstädte der Verzweiflung anheimfallen und sich dann in Massen auf das Land ergießen, um nicht Hungers zu sterben. In einzelnen Blättern sind scharfe Verfügungen der Soldatenräte zu lesen, Aufforderungen zur Ablieferung von Lebensmitteln für die Städte. Besser als jede Gewalt und Drohung mit Polizei wird auch auf diesem Gebiete die Einsicht wirken, der Hinweis auf die Gefahr eines Verfalls der Ernährung in den Großstädten. Die Unruhen, die dann entständen, würden nichts vom ordnenden Leben in sich tragen, sondern das Land mit der gleichen rechtlosen Unordnung bedrohen wie die Stadt. Hunger ist eine Not, die wirklich kein Gebot kennt. Sie zu beschwören kann nur der Landleute Sorge sein, die von den Wellen der Umwälzung nicht unmittelbar umbrandet werden.

An die heimkehrenden Soldaten!

Berlin, 22. November.

Kameraden! Die deutsche Republik heißt euch von Herzen willkommen in eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem ihr nichts zu sagen hattet, in dem eine Handvoll von Gewalthabern Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben euch schweigen und sterben mußten. Heute kommt ihr ins eigene Land zurück, in dem künftighin niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat als das Volk selbst, in das ihr euch nun wieder einlebert.

Die Revolution hat den Bann gebrochen; ihr und wir, Deutschland ist frei, unsere sozialistische Republik soll als freieste in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur die politischen Rechte, die euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich euer Besitz und Erbe werden, in dem euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll.

Die Reichsregierung, die das Vertrauen eurer Kameraden und der Arbeiter berufen hat und trägt, will euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhtes Einkommen aus der Arbeit. Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe; alles ist im Werden, ist zum Teil schon Gesetz! Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen!

Gewiß, ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung, helfen kann uns nur gemeinsame Arbeit, solidarisches Handeln. Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unsern bisherigen Gegnern das erreichen, was ihr seit vier Jahren erkämpft und ersehnt habt: den Frieden!

Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann.
Landsberg. Barth.

„Ohne Nationalversammlung kein Frieden.“

Erklärung Scheidemanns.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse sprach sich der Volksbeauftragte Scheidemann dahin aus, daß es dringend notwendig sei, die konstituierende Nationalversammlung so schnell als möglich einzuberufen. Aber diese Frage bestehe in der Regierung kaum ein Zweifel, ohne die Nationalversammlung würden wir keinen Frieden bekommen.

Die künftige Mitteilung, die Wahlen zur Nationalversammlung sollten bereits am 2. Januar beginnen und die Versammlung am 2. Februar zusammentreten, war vorläufig aus einem Entwurf, der noch keinen Beschluß herstellte, an die Öffentlichkeit gelangt. Die Nichtfeststellung, daß noch kein bestimmter Termin festgesetzt ist, hat Verunsicherung hervorgerufen. Das war verständlich, aber es darf heute gesagt werden, daß alle maßgebenden Stellen einig und entschlossen zur Einkerzung sind, sobald die technischen Schwierigkeiten es möglich machen.

Gegen die Berliner Vorherrschaft.

Besonders in den süddeutschen und südwestdeutschen, aus dem ehemaligen Bundesstaaten gebildeten Republiken regt sich starke Abneigung, sich den wohl in der Hauptsache durch den Einfluß des Vollausschusses des Berliner Rats veranlaßten Verfügungen zu unterwerfen. Nachdem schon in Bayern dieser Widerstand deutliche Ablehnungsbewegungen hervorgerufen hat, tritt nun auch die bayerische Staatsregierung auf den Plan. Sie sandte folgenden Protest an die Reichsregierung:

Die heftige Regierung erhebt bei der Reichsregierung scharfen Protest gegen die Aufschaltung der Einzelstaaten und gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch den Erlass von Gesetzen und Verordnungen. Die heftige Regierung verlangt unter allen Umständen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Durch das Fortbestehen des geschlossenen Zustandes wird der Reaktion in die Hände gearbeitet und andererseits die Gefahr vermehrt, daß die Entente sich in die innerdeutschen Verhältnisse einmischt und schließlich die Reichseinheit gefährdet wird. Wir wollen nicht anstelle der glücklicherweise vernichteten preussischen Militärantokratie eine einseitige preussische Diktatur eintauschen.

Auch aus Karlsruhe und Stuttgart werden ähnliche Stimmungen gemeldet, während in Sachsen und dem Rheinland in den Zentren vereinzelt die kommunistischen Elemente die Oberhand gewonnen haben. So wurde in Düsseldorf von den Leuten der Spartakus-

gruppe ein Putschversuch unternommen mit der Absicht, die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Der Oberbürgermeister wurde verhaftet, später aber wieder freigelassen. Auch erließ der RSR eine Verfügung, wonach beim Einzug der Truppen nur rote Fahnen gezeigt werden dürften. In Chemnitz löste der RSR gewaltsam die Stadtverordnetenversammlung auf. In Hamburg dagegen sind augenblicklich durch Militär unterstützte Versuche im Gange, das jetzige radikale Regiment zu stürzen und den gemäßigten Sozialisten zur Herrschaft zu verhelfen.

Gemäßigte Richtung im Berliner Soldatenrat.

Donnerstag versammelten sich die Soldatenräte, um gleichsam eine Ergänzung zu den vorher im Rirkus Busch von den Arbeiterräten gefassten, noch nicht veröffentlichten aber unzweifelhaft sehr radikalen Beschlüssen zu geben. Die Soldatenräte sprachen sich durchweg für die Nationalversammlung und für Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande und im Heer aus, obwohl offizielle Beschlüsse nicht zustande kamen.

Die Ernährungs-schwierigkeiten

behandelte in der Versammlung der Volksbeauftragten Barth, Mitglied des regierenden Kabinetts. Barth wies auf die schwere Gefährdung unserer Ernährung hin und sagte, daß die vorhandenen Lebensmittel nur für kurze Zeit ausreichen und daß die Gefahr außerordentlich wachse, wenn die Zufuhren aus unseren östlichen Provinzen ausbleiben sollten. In politischen Kreisen wird aus dieser Lage die Folgerung gezogen, daß die Regierung mit allen Mitteln den schnellsten Abschluß eines Vorfriedens erzielen müsse. Nur der Vorfrieden befreie uns von den Gefahren, die eine Hungersnot mit sich bringe.

Zu den Ausführungen Barths wird allerdings nachträglich aus Kreisen des Kriegsernährungsamts erklärt, daß von irgendeiner maßgebenden Stelle der Volksbeauftragte keine Kenntnisse nicht haben könne, derart katastrophal sei, wenigstens in diesem Augenblick, die Situation nicht, wenn auch der Ernst der Lage nicht abzuleugnen sei. Jedenfalls muß irgendwelche Störung der Verforgungstätigkeit unter allen Umständen vermieden werden.

Putschversuch in Berlin.

In der Nacht zum Freitag begaben sich einige Duzend Anhänger der Spartakusgruppe nach dem Volkstempel am Alexanderplatz, um angeblich in Haft befindliche politische Gefangene zu befreien. Als einige Personen plötzlich in das Volkstempelgebäude eindrangen, trat ihnen die Sicherheitsmannschaft entgegen. Es gelang ihr die Eindringlinge festzunehmen. Im Handgemenge wurden zwei Personen schwer verletzt, ein Mann getötet.

Die Flagge gestrichen — Übergabe unserer Flotte.

Die deutsche Regierung bemüht sich, den Bedingungen des uns aufgezwungenen schwachen Waffenstillstandes gerecht zu werden, um noch schlimmeres zu verhindern. So ist nunmehr auch unsere Flotte ausgeliefert worden, worüber folgende Meldungen vorliegen.

London, 22. November.

Der Oberbefehlshaber der englischen Großen Flotte traf mit dem ersten und Hauptteil der deutschen Hochseeflotte zusammen, die zur Internierung übergeben wurde.

Die englische Flotte hatte aus Angst vor einem Überfall durch die deutsche Flotte klar zum Gefecht gemacht. Die Übergabe erfolgte etwa 30 Meilen östlich der Insel Man. Es wurden alle in den Bedingungen geforderten Schiffe übergeben mit Ausnahme eines Schlachtschiffes, eines Schlachtschiffes und eines leichten Kreuzers, die nachgeliefert werden. Ein leichter deutscher Kreuzer lief auf eine Mine und sank. Die deutschen Schiffe wurden nach der Mündung des Firth of Forth gebracht. Insgesamt erhielten die Engländer bis jetzt: 9 Schlachtschiffe, 5 Schlachtschiffe, 7 leichte Kreuzer und 50 Zerstörer.

Wachung durch die Engländer.

Das Deutsche Bureau berichtet über die Übergabe der deutschen U-Boote: „Milde Höflichkeit seitens der Engländer und unterdrückte Mißstimmung bei den Deutschen kennzeichneten die Übergabe der U-Boote. Es herrschte bemerkenswerte Stille. Der britische Admiral hatte jede Forderung und Verdrüßung verboten.“ Ein britischer Admiral bemerkte zu dem Korrespondenten von Reuters: „Wir werden sie behandeln mit der Wachung, die sie verdienen, aber Ausschreitungen wird es nicht geben. Alles wird nach der Etikette der Marine erfolgen.“ Die Engländer kamen 5 Meilen vor Helixtown an Bord der U-Boote. Die britischen Mannschaften nahmen Aufstellung auf dem Hinterschiff, die deutschen auf dem Vorderdeck, und die Boote fuhren na Harwich. Tausende von Menschen an den Ufern beobachteten ebenfalls das vollkommene Stillschweigen.

Rückkehr der Deutschen aus der Gefangenschaft.

Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß unsere in feindlicher Gefangenschaft befindlichen Soldaten nach Friedensschluss zum Wiederaufbau der zerstörten Teile Belgiens und Frankreichs dort zurückbehalten würden. Wie amtlich erklärt wird, sind alle solche Gerüchte unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen des Marichalls Foch folgendes durchgesetzt:

1. Die Heimbeförderung der in Holland und der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen wird wie bisher weitergehen.

2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge (Behandlung, Beschäftigung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntags-

...und die deutschen Kriegsgefangenen un-

verändert in Kraft.
Endlich ist noch vereinbart worden, daß die endgültige
Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in die
Heimat bei Abschluß des Bräutlingsfriedens geregelt
werden soll. Die fälligen Gerichte sind offenbar auf den
Umstand zurückzuführen, daß Deutschland bereits bei Ab-
schluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefan-
genen zurückgeben muß, seine eigenen aber nicht erhält.

Demobilisierung und Zeuchen.

Das neu eingerichtete Demobilisationsamt hat an-
geordnet, daß sämtliche Angehörige des Heeres und der
Marine vor ihrer Entlassung ärztlich zu untersuchen sind.
Soweit das Vorhandensein von Ungeziefer festgestellt
wird, ist sofort eine Entlausung vorzunehmen. Bei über-
tragbaren Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten,
findet eine besondere ärztliche Behandlung statt. Die
Behandlung und Verpflegung der Kranken erfolgt in den
Lazaretten und unentgeltlich. Die Familienunterstützungen
werden ebenso wie die militärischen Bezüge der Kranken
selbst während der Lazarettbehandlung weitergezahlt.
In Bürgerquartieren dürfen Angehörige des Heeres und
der Marine nur untergebracht werden, wenn eine Be-
scheinigung vorliegt, daß der Einzugsquartierende von
Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten frei ist. Jeder
Quartierwirt tut daher gut, sich diese Bescheinigung
vorlegen zu lassen, ehe er jemand in seine Wohnung
aufnimmt.

Rigoroses Vorgehen der Franzosen.

Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, zeigen sich
auf dem Rücktransport unserer Fronttruppen bedauerlicher-
weise bereits Ausföhrungserscheinungen. Vorgesetzten sind
größere Teile der rückmarschierenden Truppen gefangen-
genommen worden, in Schleifstadt sogar noch ehe die im
Waffenstillstand festgesetzte Frist abgelaufen war. Besonders
rigoros soll das Vorgehen der französischen Truppen sein
während die amerikanischen Truppen größere Zurückhaltung
beobachten.

Rücktransport aus dem Osten.

In den nächsten Tagen beginnt der Rücktransport in
Ostpreußen. Damit ist auf einen starken Rückstrom des so-
genannten Oberostfeldes, d. h. der Scheine der Darlehns-
lasten Ostpreußen nach Deutschland zu rechnen. Um jeden
Beunruhigung vorzubeugen, werden die Reichsbanken, die
großen Banken und die Reichspost in allen Teilen des
Reiches das Oberostfeld in Zahlung nehmen.

Verschiedene Meldungen.

Warschau, 22. Nov. Die polnischen Behörden verhafteten
den in Lodz zurückgebliebenen Polizeikommissar Grobicki.
Die wütende Volksmenge wollte ihn auf der Stelle töten.
Der polnische Begleitwagen gelang es mit großer Mühe
Grobicki zu retten, und man brachte ihn in ein Gefängnis
vor, er aber während der Nacht Selbstmord durch Erhängen
beging.

Köln, 22. Nov. Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurden
auf Befehl des Generalinspektors Koch alle Soldaten-
und Arbeiterkräfte in den von französischen Truppen besetzten
Garnisonen in Elsas-Ortschaften aufgehoben.

Der grausame Waffenstillstand.

Die Verantwortung feierlich und vor aller Welt abgelehnt.
Trotz aller Bittgesuche, trotz aller Beweise für die
Unausführbarkeit der arbeitslosen Waffenstillstands-
bedingungen, denen wir uns unterwerfen mußten, schallen
von jenseits des Kanals abweisende und fast verhörende
Stimmen unserer Not entgegen. So sagte der liberale
Führer Agou: „anlässlich einer Unterredung über den
fürstlichen Appell des Fürsten Bismarck, die Waffenstill-
standsbedingungen gingen seines Erachtens in keiner Weise
über das hinaus, was die Sachlage gerechterweise erfordert.
Deutschland habe sie sich selbst anzuschreiben. Und mit
einer ähnlichen rücksichtslosen Äußerung schloß sich der
frühere Kriegsminister Halban an, den man zur Zeit
der kriegswütigen Hochflut in England als deutschfreund-
lich verdächtigte.“

Ein deutscher Protest

Ist von dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstands-
kommission, dem Staatssekretär Erzberger, an die
Gegenseite abgegeben worden, nachdem Marshall Foch
dem General v. Winterfeldt in Spa geantwortet hatte,
dessen Forderungen über Erleichterung der Bedingungen
keine Folge gegeben werden. In dem Protest

heißt es, nachdem auf die völlig veränderten militärischen
und politischen Verhältnisse hingewiesen ist, deren frühere
Gestalt zur Aufstellung der Bedingungen geführt haben:
Es kann nur angenommen werden, daß es die Absicht
des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des
Waffenstillstandes ein Heer völlig aufzulösen und zu ver-
schieben, das während 50 Monaten gegen übermächtige
Gegner ruhmvoll handgehalten hat, und dessen Front bei
Einkesselung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war.
Daß durch die schonungslose Ausföhrung der harten
Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen
Frauen und Kindern von Anarchie und Hungernot bedroht
werden wird, ist zu wiederholten Malen mit größtem
Nachdruck hervorgehoben worden. Diese den Geboten der
Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei
Beachtung gefunden zu haben.

Schließlich wird erklärt, daß Deutschland auch weiter-
hin alles tun wird, was in Menschenkräften steht, um das
Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß
aber für eine geordnete und pünktliche Durchführung der
erzwingenden Bedingungen keine Gewähr übernommen
werden kann und daß die Verantwortung für alle weiteren
Folgen, die schließlich ihre Rückwirkung auf das ganze
westliche Europa haben werden, feierlich und vor aller
Welt abgelehnt wird.

Staatssekretär Erzberger läßt noch bekanntgeben,
daß alle Verbesserungen, welche die Waffenstillstands-
kommission vor dem Abschluß des Waffenstillstandes erreicht
hat, voll aufrechterhalten bleiben; weitere Milderungen
sind jedoch nicht erreicht worden.

Russische Entrüstung über diesen Waffenstillstand.

Aus Russland wird gemeldet, die öffentliche Meinung
aller Richtungen habe die Nachricht von den Waffen-
stillstandsbedingungen der Entente mit Empörung aufge-
nommen. Die Verletzung der belagerten Neutralität durch
die Deutschen sei nichts im Vergleich zu dem, was jetzt
die Ententemächte tun. Überall in Versammlungen und
auf den Straßen werden die Forderungen entzündet be-
sprochen. Vielfach wird die Meinung ausgesprochen, man
wolle die deutsche Revolution unterdrücken und das Volk
in Anarchie treiben, um ins Land erobernd eindringen
zu können.

Selbständigkeits-Bestrebungen im Rheinland.

Im Rheinlande wird mit zunehmendem Ernst
die Frage der Loslösung vom Reiche und die
Bildung eines eigenen Staatswesens erwogen. Vor ei-
ner Woche, so wird dem „Vorwärts“ aus Köln gemeldet,
kaum in ganz schwachen Umrissen erkennlich, liegt heute
bereits ein fix und fertiger Plan vor. Morgen kann
vielleicht Deutschland und die Welt vor eine fertige
Tatsache gestellt sein. Die Grenzen des neu zu bildenden
Staates sind noch nicht fest abgesteckt. Man ist bestrebt,
das Industriegebiet vollständig einzugliedern. Nach Süd-
den wird man Anschluss an die Rheinpfalz und an
Hessen suchen. Wir werden mit der Abtrennung aus
mit einer fast unvermeidlichen Tatsache zu rechnen haben,
sofern in Berlin nicht eine sofortige Konsolidierung ge-
lingt und die Wahlen zur Konstituante mit größter
Beschleunigung ausgeschrieben werden. Die Dinge stehen
auf des Messers Schneide.

Deutschland und Rußland.

Eine energische deutsche Note.

Berlin, 22. November.

Die deutsche Regierung hat an die Moskauer Räte-
regierung eine Note gerichtet, in der sie fordert, daß die
russische Regierung die gegenwärtige deutsche Vorkriegsregie-
rung anerkennt und sich jeder Einwirkung auf die Bildung einer
anderen Regierung enthält, und daß sie eine Klarstellung

der Vorgänge bei der Internierung und Gefangenschaft
der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg
herbeiführt.

Diese Note erwies sich als notwendig mit Rück-
sicht auf die Funksprüche der russischen Räteregierung,
die das deutsche Volk zur Bildung einer Gewalt- und
Klassenregierung auffordern. Ferner erfordern die Vor-
gänge bei den Gewalttätigkeiten gegen die deutschen
Generalkonsulate in Moskau und Petersburg unbedingt
sofortige Klarstellung.

Tschechen c/a. Ungarn und Italiener.

Allgemeine Mobilisierung in Böhmen.

Die Streitigkeiten zwischen dem neugeborenen
Tschechien und der ebenso frischen Republik Ungarn,
bei denen es sich um gegenseitige Gebietsansprüche handelt,
machen sich zu regelrechter kriegerischer Bedrohung aus.
Die Verhinderung der österreichisch-ungarischen Monarchie
ruft unverkennbar schon jetzt Verwicklungen hervor, die
wie ein Ei dem andern dem früher auf dem Balkan üb-
lichen Kampf aller gegen alle gleichen.

Das Departement für nationale Verteidigung in Prag
hat die sofortige Mobilisierung des gewiesenen Landsturms
des künftigen Heeres, der Landwehr und des aktiven und
Reserveheeres der Jahrgänge 99, 98, 97, 96 und 95 an-
geordnet. Auch die Supercorps (auf höheren Befehl
Generalstab), Generalstab, Pensionierte und Invaliden
haben sich zu melden. Alle unter den Waffen stehenden
bis zum 40. Lebensjahr haben im Militärdienst zu ver-
bleiben.

Die slowakischen Abgeordneten veröffentlichten dazu
einen Aufruf an das slowakische Volk, in dem sie sagen:
Die slowakischen Abgeordneten haben bei der National-
versammlung der tschecho-slowakischen Republik gegen das
magnarische Norden unseres Volkes feierlich
Protest eingelegt. Unsere ruhmvollen Verbündeten und
Befreier haben unsere Wünsche erhört. Marshall Foch
verkündete es durch die tschecho-slowakische Regierung,
daß mehrere französische Divisionen und tschecho-
slowakische Truppen schon auf dem Wege sind, um
dem furchtbaren Vornehmen der magnarischen Re-
gierung ein Ende zu bereiten.

Die tschechische Begehrlichkeit greift weiter. So besetzten
tschechische Truppen den Bahnhof und das Stadthaus in
Marienbad und suchten die Regierungsgewalt an sich zu
bringen. Die Tschechen wurden schließlich wieder zum
Abzug genötigt. In Basteiberg sind die Tschechen ein-
gezogen und haben das Rathaus, das Haupt- und Tele-
graphenamt und andere Gebäude besetzt.

Weitere Meldungen.

Wien, 22. Nov. Eine hervorragende südslawische Persön-
lichkeit erklärte in der „Neuen Freien Presse“, daß die
tschechische Mobilisation das Ziel verfolge, die Italiener aus
den südslawischen Gebieten hinauszutreiben und daß man
erwarte, daß die Entente das Eingreifen gegen die Italiener
unterstützt.

Budapest, 22. Nov. Das Kriegsministerium befragte
mit Sorge die Lage in Oberungarn. Dort haben sich
bereits tschechische Truppen eingestellt. Die Tschechen leugnen
diese Truppen in Vanden um, aber man hat Kenntnis, daß
es sich um größere, geschlossene, reguläre Truppenverbände
handelt.

Wien, 22. Nov. Nach der „Neuen Presse“ haben die
Tschechen sich bereit erklärt, die Kohlenzufuhr vom
Ostbayer Neustadt nach Deutschland zu gestatten, in
der Hauptstadt wegen der Gefahr, daß die Kohle sich wegen
der großen Anbahnung entzündet. Es finden bereits Ver-
sprechungen wegen Bestellung der nötigen Waggons statt.

Wien, 22. Nov. Das Gebiet von Tirol ist von Deutsch-
Österreich abgesprochen. Wie die „Reichspost“ mitteilen
kann, hat Tirol seine Selbständigkeit erklärt. Von einer
Bescheidung der Nationalversammlung in Wien könne
solange keine Rede sein, als nicht über die endgültige
Regierung in Tirol entschieden sei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hat der
Staatskommissar für die Demobilisierung eingeführt. Da-
nach wird die Zulässigkeit der Enteignung von Grund-
eigentum und von Rechten an Grundeigentum, das von
Korporationen des öffentlichen Rechts in Anspruch ge-
nommen wird, um Störungen des Wirtschaftslebens in
folge der wirtschaftlichen Demobilisierung durch Ver-
schaffung von Arbeitsgelegenheit, insbesondere durch Vor-
nahme von Notstandsarbeiten, vorzubereiten oder abzu-

Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die königliche Erscheinung der letzteren wurde ge-
bührend bewundert. Sie hatte heute auf jedes Attribut
der Trauer verzichtet und trug zum ersten Male
eine farbige Robe. Es waren allerdings nur ganz
zarte trübselige Töne in dem perlensfarbigen Seiden-
stoff, der von einer etwas kräftiger getönten perl-
geschidten Verschleierung überhaucht war, welche in
schweren Perlenschnüren endigte.

Sie trug ebenfalls ein kostbares Diadem aus Sa-
phyren und Brillanten und ein dazu passendes Collier.
Ihr goldschimmerndes Haar war mit Raffinement so
geordnet, daß es große Fülle vortäuschte. Diese
Schmuckstücke waren ihr persönliches Eigentum und
gehörten nicht zu dem Familienschmuck.

Gräfin Gerlinde entzückte alle, die mit ihr in
Berührung kamen, durch ihren Charme und ihre geis-
tvolle Plauderei. Die Herren drängten sich in ihre
Nähe und huldigten ihr. Sie konnte wieder einmal
Triumphe feiern.

Aber all diese Huldigungen ließen sie kalt. Sie
hatte nur Augen und Sinn für einen Mann, in dieser
festlichen Versammlung und dieser eine stand, zu ihrem
großartigen Schmerz, so stolz und selbstverständlich neben
seiner Braut, als gehörten sie schon für Zeit und
Ewigkeit zusammen.

Endlich erschienen die höchsten Herrschaften mit
ihrem Gefolge und machten in lebendiger Weise
die Runde durch den großen Festsaal, nachdem sie den
Minister und das Brautpaar durch eine längere An-
sprache ausgezeichnet hatten. Auch die Freiin von
Schultz und Graf Henning Ramburg wurden in eine
Unterhaltung gezogen. Während dem erblickte die Ge-
gönin die Gräfin Gerlinde, die etwas zur Seite stand.

Die hohe Frau machte ihren Gemahl darauf auf-
merksam, und nun wurde auch Gräfin Gerlinde mit
einer freundlichen Ansprache beehrt.

Über eine Stunde blieben die hohen Herrschaften
und betonten durch ihr ganzes Verhalten, daß sie

Erzellenz von Waldow und das Brautpaar ganz be-
sonders auszeichnen wollten.

Erst, nachdem die höchsten Herrschaften sich ent-
fernt hatten, wurde die Stimmung ungezwungener und
beiterer. Diener liefen umher und reichten Erfri-
schungen herum und bald darauf begann die Tafel.

Der Minister führte Gräfin Gerlinde zu Tisch,
und an ihrer anderen Seite nahm Graf Rainer mit
seiner Braut Platz. Graf Henning sah dem Brautpaar
gegenüber. Seine Tischdame war die junge Komtesse
Solms, ein zierliches, brünettes Persönchen, etwas
Bisemertyp. Sie war sehr lustig, und als ihr Graf
Henning seine Bewunderung ausdrückte, daß sie,
als die Tochter so urgermanisch blonder Eltern, so
schwarzes Haar und so dunkle Augen habe, sagte sie
lachend:

„Das ist eine schlimme Geschichte. Herr Graf.
Mama behauptet immer, ich sei flachblond auf die
Welt gekommen und mein Vater behauptet daselbe.
Da bleibt nur eine Erklärung — die Bieguner haben
mich vertauscht.“

Graf Henning lachte mit, aber es war nicht sein
altes, sonniges Lachen, es klang fast ein wenig nervös.
„Ich glaube, gnädigste Komtesse, Sie verleumben
die armen Bieguner. Vielleicht ist durch irgendeine
Abstruse ein romanischer Einschlag in das germanische
Blut der Grafen Solms gelangt.“

„Und ich bin nun der arme Sünder, der dafür
büßen muß! Ganz recht, eine Gräfin Solms hat spa-
nisches Blut in ihren Adern gehabt, und seither ist
immer einmal ein Schwarzkopf unter den Solmschen
Blondköpfen aufgetaucht. Meine beiden Brüder sind
flachblond. Ich bin aber in jeder Beziehung das
bete noir der Familie — schwarz bis ins Herz hinein.“

Die kleine Komtesse war sehr amüsiert, wenn sie
auch nicht schön war. Und da sie sehr lebhaft plau-
derte, brauchte sich Graf Henning nicht anzustrengen.
Es blieb ihm Zeit genug, seine Blide wieder und wieder
zu Josta hinüberzuwerfen zu lassen.

Gräfin Gerlinde konnte ihn gut beobachten von
ihrem Platz aus und sie registrierte jeden seiner
Blicke auf Josta.

So sehr sich Graf Henning auch in der Gewalt
hatte und so voll guter Vorsätze er auch war, so
konnte er es doch nicht hindern, daß sein Blick wieder

und wieder in heftiger Bewunderung aufsteuerte, wenn
er in Jostas süßes ernstes Antlitz sah.

Und dieses Aufsehen in Graf Hennings Augen
freute Gräfin Gerlinde sehr.

Sie nahm übrigens Graf Rainer bei der Tafel
reilich in Anspruch und suchte ihn immer wieder
in ein interessantes Gespräch zu verwickeln. Er war
jedoch nicht sehr dankbar für dieses Bemühen. So
gern er sonst mit ihr plauderte, heute fesselte ihn
Josta viel mehr, trotzdem sie sich durchaus nicht be-
mühte, ihn von Gräfin Gerlinde abzulenken. Aber
sie erschien ihm so hold und reizend, trotz ihrer ruh-
gen, stolzen Art, daß er sich ihr immer wieder zu-
wandte, um nur in ihr süßes Gesicht blicken zu können.
Und wenn sie ihn anlächelte und es sich gefalles
ließ, daß er sie mit allerlei kleinen Aufmerksamkeiten
umgab, so war er beglückt.

Josta lehnte das Ende der Tafel herbei. Neben
haupt wäre es ihr viel lieber gewesen, sie hätten diese
offizielle Verlobungsfeier umgehen können. Aber da
die am 10. Juli stattfindende Hochzeit nur im engeren
Kreise stattfinden sollte, weil dann der Hof und der
größte Teil der Gesellschaft nicht in der Residenz
anwesend war, so hatte der Minister aus Rücksicht
auf seine Stellung diese offizielle Feier für nötig
gehalten. Doch auch die längsten Feste nehmen ein
Ende. Nach Mitternacht gingen die Gäste an aufzu-
brechen. Josta sah das mit erleichtertem Aufatmen.
Graf Rainer stand hinter ihrem Sessel und bemerkte
dies Aufatmen. Er neigte sich über sie.

„War es so schlimm, kleine Josta?“ fragte er
lächelnd mit der ihm eigenen zärtlichen Weichheit,
die er immer für sie hatte.

Schelmisch lächelnd sah sie zu ihm auf:
„Du weist ja, Rainer, ich bin kein Gesellschafts-
mensch. Es ist mir oft recht lästig, daß uns Papas
Stellung zu solcher offizieller Gesellschaft zwingt, bei
der Herz und Gemüt unbedingt zu kurz kommen müssen.
Im günstigsten Falle erträgt man einander mit gutem
Humor oder lächelndem Gleichmut. Eine einzige
Stunde vertraulichen Gedanken-austausches mit einem
gleichgesinnten Menschen ist doch ungleich wertvoller
als die offiziellen Rassen-Zusammenkünfte mit gleich-
gültigen Menschen.“

(Fortsetzung folgt.)

weisen, von dem Demobilisationskommissar nach Anhörung des Bezirksbeirats ausgesprochen.

Das neue Programm der Nationalen liberalen Partei u. a. folgende Hauptpunkte auf: Wahrung der Reichseinheit und Vereinigung der deutschen Länder Österreichs mit dem Reich; unbeschränkte Selbstverwaltung; Verteilung der Freiheit für Wort und Schrift, Verein und Versammlung; Schaffung eines Volksheeres nach den Erfahrungen dieses Krieges; Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Leben, Reichseinkommen und Reichssteuertrag; Umgestaltung des Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenrechts unter voller Kooperationsfreiheit; Ausbau der Sozialpolitik durch Schaffung neuer Rechtsformen für das Verhältnis der Angestellten und Arbeiter zu den Unternehmern, ausreichende Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer und stärkere Erfassung der Kriegsgewinne; schleunige Einberufung einer Verfassungs- und gesetzgebenden Körperschaft; schleunige Herbeiführung des Friedens.

Es ist vorläufig keine Truppenentlassung nach Polen beabsichtigt, wie von ausländischer Seite erklärt wird. Es soll darüber noch Beschluß gefaßt werden. Die polnische Soldatenräte fordern, daß nur „Bodenständige“, d. h. in der Provinz selbst geborene Truppen in Polen verbleiben. Auch die polnischen Stimmen darin überein, daß das neue Provinzialparlament bereit ist, auch die Versorgung der westlichen Provinzen in verstärktem Maße zu betreiben. In Polen hat sich ein „Oberster polnischer Volksrat“ gebildet, der für den 8. Dezember Wahlen zu einem „Teilgebietslandtag“ ausgeschrieben hat.

Auch das Zentrum hat eine Revision seines Parteiprogramms vorgenommen, in dem es nunmehr in der Hauptsache heißt: Rückstoßloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat, Bekämpfung jedweder Klassenherrschaft, Ordnung in der Freiheit, offene Abgabe an den Platonismus und Materialismus unserer Lage, Pflege der idealen Werte, die Volk und Staat erst geland machen, das sind die fundamentalen Grundzüge seiner Erneuerung als christlich-demokratische Volkspartei. Bezüglich der Wirtschaftspolitik wird grundsätzliche Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln gefordert.

Amerika.

Zu der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands äußert sich das Nahrungsmittelamt der Vereinigten Staaten in einem Aufruf zur Sparsamkeit. Es heißt darin: Wenn wir jetzt zu sparen aufhören, so ist das gleichbedeutend mit: den Feinden der Menschheit zu helfen. Für lange Zeit werden wir die neutralen Staaten sowie die eigenen Soldaten mit Lebensmitteln zu versorgen haben. Dazu kommt noch, daß wir sogar noch mit den besiegten Feinden zu teilen haben werden. Auf keine andere Weise kann die soziale Ordnung in Deutschland und in Europa überhaupt wiederhergestellt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 22. Nov. Zur Herbeiführung einer besseren Rohstoffversorgung sind das Reichsamt für den Bergbau, der Reichsrohstoffkommissar und ein Mitglied des Reichsministeriums nach Oberschlesien gefahren.

Budapest, 22. Nov. Josef von Dabaszynski, Ministerpräsident, erschien heute vormittag im Außenministerium und bot seine gesamten Aufzeichnungen zur Verfügung unter das Volk an. Der Außenminister nahm dieses Angebot dankend zur Kenntnis.

Wien, 22. Nov. Gestern wurde eine Verordnung des Staatsrats veröffentlicht, wonach alle Feldmarschälle, Generäle, Generale und viele Stabschefs in den Ruhestand versetzt werden.

Moskau, 22. Nov. Hier ist die lettische Republik ausgerufen worden mit dem Bundesfarben rot-weiß-rot.

Wien, 22. Nov. Der deutsche Soldatenrat hat beschlossen, die deutschen Truppen solange in Ausland zu lassen, bis das deutsche Material im Wert von 600 Millionen abtransportiert ist.

Washington, 22. Nov. Der Senat hat an Wilson ein Schreiben gerichtet, in dem er um Zulassung zur Friedenskonferenz ersucht.

London, 22. Nov. Bei feindlichen Luftangriffen und Beschädigungen wurden in England insgesamt 488 Personen getötet und 1014 verwundet. Die Reparaturkosten für angeschädigte Privatschiffe werden auf 61773 Pfund Sterling geschätzt.

Vom Tage.

Stellungswechsel im Auswärtigen Amt.

Berlin, 22. Nov. Die Unterstaatssekretäre im Auswärtigen Amt von dem Busche und Stumm gedenken, wie ein meist gut unterrichteter Nachrichtenstelle mitteilt, in den nächsten Tagen ihr Entlassungsgesuch einzureichen.

Reichsausschuss für Lebensmittelfürsorge.

Berlin, 22. Nov. Die neue Reichsregierung veröffentlicht einen Erlass über die Bildung eines Ausschusses für die Einführung von Lebens-, Futter- und Düngemitteln, der alle einschlägigen Fragen behandelt und entscheidet. Er besteht aus dem Staatssekretär des Reichsministeriums und je einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsamtes, des Reichslandwirtschafts- und des Reichsforstwirtschaftsamtes. Er kann sachmännliche Beiträge heranziehen.

Wamba (Waffen- und Munition-Geschäft) aufgehoben. Berlin, 22. Nov. Das Demobilisationsamt gibt folgendes bekannt: Wamba, Verpflegung von Werkzeugmaschinen, elektrischen Maschinen, Kraftwagen und landwirtschaftlichen Maschinen wird aufgehoben.

Wilson richtet Warnungen nach Berlin.

Wien, 22. Nov. Nach unterrichteter hiesiger Quelle richtete Präsident Wilson durch Vermittlung einer neutralen Regierung an die deutsche Regierung die Mitteilung, er warne ernsthaft davor, in Berlin Anzeichen zu dulden oder eine Vertretung der russischen Sowjetregierung in Berlin zuzulassen. Die Entente sei entschlossen, den Waffenstillstand zu kündigen, wenn seine Warnungen kein Gehör finden.

Wiederaufnahme der deutschen Ostseeschifffahrt.

Bremen, 22. Nov. Nachdem die deutschen Versicherungsgesellschaften seit dem 20. d. Mts. die Seerisiken in der Ostseeschifffahrt wieder übernommen haben, sind am 21. November die deutschen Schiffe in der Ostsee in Fahrt gegangen. Es muß bis auf weiteres die Dreimeilenzone eingehalten werden. Die Versicherungsgesellschaften haben die Möglichkeit, 90 % des Kriegsrückfalls bei einer deutschen Versicherungsgesellschaft in Berlin rückzuversichern.

Admiral v. Tirpitz in Bern.

Bern, 22. Nov. Admiral v. Tirpitz ist vor einigen Tagen in Bern angekommen und in einem hiesigen Hotel abgeblieben.

Strenges Vorgehen gegen fahnenklüfftige Soldaten.

Köln, 22. Nov. Gegen alle Soldaten, die von ihrer Formation abgelenkt sind und sich bisher in Köln aufhielten, wird auf strengste vorgegangen werden. Alle mit dem heutigen Tage aufgegriffenen Militärpersonen, deren Formation nicht in Köln liegt, werden verhaftet. Die Staats-

sekretär Erbsberger dem Kölner Arbeiter- und Soldatenrat telegraphisch mitteilt, wird die feindliche Besatzung erst nach dem 5. Dezember in Köln eintreffen.

Generalaufmarsch gegen die russischen Bolschewiken?

Bern, 22. Nov. In Paris verlautet aus Tokio, die amerikanische Mobilisierung von fünf japanischen Jahrgängen sei bestimmt, eine Expedition nach Rußland möglich zu machen. Französische Truppen besetzen die Kurantkassen, um an dem bevorstehenden Generalaufmarsch der Entente in Rußland zur Niederwerfung der Bolschewiken teilzunehmen.

Eine dauernde Karle Armee der Amerikaner.

Basel, 22. Nov. Der amerikanische Botschafter meldet aus Washington, die Regierung habe beschlossen, dauernd eine Karle Armee aufrechtzuerhalten.

Fortgesetzte Straßenkämpfe in Lemberg.

Lemberg, 22. Nov. Hier tobt der Straßenkampf weiter. Keine Verwaltung oder Behörde funktioniert mehr. Die Lebensmittelpreise haben phantastische Höhe erreicht.

Anfrage gegen Ferdinand von Koburg?

Berlin, 22. Nov. Dem Kaiser „Tempo“ zufolge beschließen die Regierungen der Entente, ein gerichtliches Verfahren gegen den König Ferdinand von Bulgarien zu fordern.

Wohlfahrtsleistungen in Antwerpen.

Brüssel, 22. Nov. Die Verfolgungen der „Deutschfreundlichen“ Wohlfahrtsleistungen in Antwerpen übertreffen an Brutalität die bei Kriegsausbruch verübten Gewalttaten des belgischen Mob. Diesmal eliten viele ruhigergebelte Belgier über die Grenzen Hollands, um das ihre bei der Karle auf die „Deutschfreundlichen“ beizutragen. Sehr viele Geschäfte sind demoliert worden, die Besitzer wurden zumeist von wütenden Menschenmengen mißhandelt. Es sind zahlreiche Todesfälle vorgekommen.

Die Lebensweise des früheren deutschen Kronprinzen.

Brüssel, 22. Nov. Der frühere deutsche Kronprinz wird jetzt als Privatperson betrachtet und nicht mehr demontiert. Er untersteht lediglich der polizeilichen Aufsicht seines Aufenthaltsortes und bewohnt ein einfaches Haus, das auf sechs Monate für 1000 Gulden gemietet ist. Er hat Diener neben ihm zur Verfügung.

Erleichterungen für Ausfuhr nach Holland.

Amsterdam, 22. Nov. Die Ausfuhr von Dörsten, Körben, Glaswaren, Tonwaren, Uhren, Spielwaren, Fleischwaren und Fahrzeugen aus Deutschland nach Holland ist gekürzt. Erleichterungen für die Ausfuhr von Eisenwaren, Maschinen, Chemikalien und Textilprodukten aus Deutschland nach Holland sind demnächst zu erwarten.

Inländischer Postverkehr mit deutschen Grenzgebieten.

Berlin, 22. Nov. Die militärische Überwachung des inländischen Postverkehrs der deutschen Grenzgebiete ist allgem. aufgehoben worden. Alle Briefe — einschließlich der Briefe und Postkarten — nach Orten in Deutschland können daher in diesen Gebieten wieder verschlossen aufgegeben werden, desgleichen derartige Briefe nach den in den Besatzungsgebieten der Festungen Straßburg (E.) und Neudorf liegenden badiischen Orten.

Freier Fernverkehr mit Dentsch-Oesterreich.

Berlin, 22. Nov. Allgemeiner Fernverkehr mit Dentsch-Oesterreich ist von jetzt ab wieder zugelassen. Die Kriegsbefragungen sind aufgehoben.

Frankfurt a. M. nur teilweise neutrale Zone.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Wie die Frankfurter Zeitung vernimmt, gehört nach neuester Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen Frankfurt teilweise zum Besatzungsgebiet und ist teilweise neutrale Zone. Der Magistrat behauptet, darauf hinzuwirken, daß Frankfurt überhaupt nicht besetzt werde, denn eine geordnete Verwaltung sei in einer teilweise besetzten Stadt nicht möglich.

Regierung und Nationalversammlung.

Zur Frage der Nationalversammlung gibt die „Deutsche Allg. Ztg.“ folgende Auffassung leitender Regierungskreise wieder: Verschiedene Auffassungen können in der jetzigen Regierung nur hinsichtlich des Tages der Einberufung der Nationalversammlung bestehen, aber auch hier kommen lediglich sachlich-praktische und keineswegs politische Gesichtspunkte in Betracht. Die Bundesstaaten, deren Vertreter am heutigen Montag in Berlin zusammenkommen, drängen sehr auf die Einberufung der Konstituante und so gesehen ist die ganze Frage schließlich auch eine Frage der Einheitlichkeit des Reiches, die unter allen Umständen gewahrt werden muß. Ob es zu einer Verschmelzung des ganzen Reichsgebietes zu einem Staatswesen kommen wird, steht noch sehr dahin. Es ist anzunehmen, daß namentlich die süddeutschen Staaten nicht in Abhängigkeit von Berlin kommen wollen. Immerhin ist im Reich mit einer sehr viel größeren Zentralisation zu rechnen, als sie bis jetzt vorhanden war. Die Regierung wird auf jeden Fall an der Einberufung der Konstituante festhalten und sich auf keine andere Form der Bildung der definitiven Staatsform einlassen.

Kein amerikanisches Friedensangebot.

Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Schreiben des früheren Ministers des Aeußern, Grafen Czernin, in dem es heißt: „In den gestrigen Morgenblättern fand sich ein den „Münd. Neuest. Nachr.“ entnommener Ausspruch Dr. Jaffes, wonach Deutschland mit Oesterreich-Ungarn im Herbst 1917 ein Friedensangebot von Amerika erhalten und trotz mehrerer Anfragen nicht beantwortet habe. Die Nachricht ist, soweit Oesterreich-Ungarn in Betracht kommt, falsch. Auch mir ist von einer angeblichen Aktion eines Gensj. Vertrauensmannes Wilsons, der sich nach Deutschland gewendet haben soll, nichts bekannt.“

Die französischen Verluste an Toten.

Der Vizepräsident des Heeresauschusses im französischen Senat Doumergue erklärte, daß die Verluste Frankreichs an Toten 1 1/2 Millionen Mann betragen.

Die polnische Gefahr für Oberschlesien.

Die großpolnische Agitation in Oberschlesien arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck, um Stimmung für eine Angliederung Oberschlesiens an Polen zu machen. In allen Orten haben große polnische Massenversammlungen stattgefunden. In allen Versammlungen wurde betont, daß Oberschlesien zu Polen kommen müsse. Deutsche, die gegen diese Reden protestierten, wurden nicht zu Worte gelassen.

Die ober-schlesischen Städte haben eine gemeinsame Kundgebung an die gegenwärtige Regierung beschlossen,

in der es heißt: Die ganze Blüte des ober-schlesischen Industriebezirks ist nach seiner Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland entstanden. Deutsche Intelligenz und deutscher Fleiß haben seine Bodenschätze gehoben und verarbeitet. Sie erst haben den vorher armen und verkommenen Landstrich zu Reichtum und Gessittung gebracht und ihn zu einem unentbehrlichen Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens gemacht. Wir Oberschlesier wollen bei Deutschland bleiben.

Der 60-Millionen-Raub.

Sum Attentat auf den rumänischen Transportzug. Berlin, 22. November.

Die ganze Geschichte ist eine Komödie der Irrungen und Wirrungen, und noch weiß man nicht, was daran wahr ist; fast scheint es, als ob irgendeine Stelle die Vorgänge zu verschleiern bemüht ist. Man vergesse nämlich, wie diese Räubergeschichte sich in der knappen Frist von 48 Stunden entwickelt hat. Am Donnerstag früh hieß es, es wären drei Personen dingfest gemacht und ihnen 3 Millionen Mark und eine Unmenge von Lebensmitteln abgenommen worden, die sie aus Jägen gestohlen hätten. Am Nachmittag desselben Tages war die geraubte Summe auf 60 Millionen Mark gestiegen; ferner wurde berichtet, es handle sich um deutsche und rumänische Banknoten, sowie Lebensmittel, Wagen, Pferde oder einen großen Transport vom Verwaltungshaupt des Oberkommandos Maden — umfangreiche Verhaftungen seien erfolgt. Am Abend vermittelte sich das sensationelle Ereignis in ein Versehen der Sicherheitsmannschaft, während heute die genauesten, offenkundig auf amtlichen Informationen beruhenden Einzelheiten über das tollste Attentat verbreitet werden.

Danach handelt es sich um einen Eisenbahnzug, der mit drei Transportwagen aus Rumänien über 60 Millionen Mark bares Geld enthielt. Seine Bewachung bildeten 21 Mann und Unteroffiziere unter Führung eines Oberleutnants und mehrerer Offiziere. Auf dem schlesischen Bahnhof angekommen, glaubte man den Transport geküßt; nur 2 Unteroffiziere und 3 Mann blieben dabei bei den Wagen zurück. Seit längerer Zeit trieb sich aber, wie weiter berichtet wird, eine Anzahl von Männern und Frauen auf dem Bahnhof herum, die ganz unordentlich die Züge beraubten. Diese Diebesgesellschaft hatte unbefugt eine „Sicherheitswache“ des R.G.M. gebildet, die unter dieser Maske zahlreiche Wägen entführte. Natürlich hatte die wilde Bande, die unter Führung des Wägenführers stand, auch die Ankunft des Geldzuges ausfindig gemacht und trat nun nach dessen Ankunft in Tätigkeit. Sie „übernahm“ den Transport, indem sie die zurückgebliebenen Leute der Bewachung mit vorgehaltenem Repetier unter Todesdrohungen entwarf und ihnen die Karabiner und Treffer abriß. Die Leute glaubten es mit einer richtigen Wache zu tun zu haben, die Gefahr standen schon bereit, den Raub auf die mitgebrachten Wagen zu laden, als im letzten Augenblick eine von dem Betreuer des Polizeipräsidiums entfaltete Sicherheitswache erschien und die Räuber, die unterdessen ihre Taschen mit Geld vollgeproßt hatten, festnahm. Die Verhafteten sind die Inspektoren Werner Ganzewitz und Max Sanger, der Wägenführer, der Wägenführer aus der Wägenstraße, dessen Frau und seine beiden Söhne Richard und Wilhelm und der Kutscher Karl Hellmann. Die drei Wagen mit dem Geld wurden entladen und ihr Inhalt nach dem Polizeipräsidium gebracht und dort vorläufig sichergestellt. So liegt der Ball heute; es ist nicht ausgeschlossen, daß das volle Versteck — es ist aber auch möglich, daß die Räubergeschichte morgen wieder ganz anders aussieht. — Niemand weiß es.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 25. November 1918.

* Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielt der Landsturmann Buchhändler Willi Schellenberg von hier.

* (Einquartierung.) Nach Mitteilung des Generalkommandos des 18. A. R. erhalten die drei Städte des Kreises dauernde Einquartierung durch die Verlegung des Landsturm-Inf.-Ersatz-Batl. Frankfurt (18, 31) nach Dillenburg, Mainz (18, 36) nach Haiger und Limburg (18, 27) nach Herborn. Das Demobilisationskommando trifft schon am 24. in den genannten Orten ein. Nach der Entlassung der Truppen verbleiben in den neuen Standorten sämtliche aktiven Offiziere, Beamten und Unteroffiziere des Friedensstandes, die Mannschaften bis zum Jahrgang 1897 einschl., welche kapituliert haben, und die Jahrgänge 98/99.

* Ein höchst bedauerlicher Unfall hat sich hier gestern Abend ereignet. Ein hiesiger Soldat, namens Hübschmann, hantierte mit einem geladenen Armeerevolver. Dieser entlud sich plötzlich; die Kugel traf die Frau des H. derart in den Kopf, daß die Bedauernswerte nach drei Stunden den erlittenen Verletzungen erlag. Es mahnt dieser traurige Vorfall dazu, beim Umgang mit Waffen die größte Vorsicht walten zu lassen, denn gar zu leicht ist ein großes Unglück geschehen. Geladene Schusswaffen gehören nicht ins Haus!

* Die jetzt allorten von der Jugend geübte Unsitte, sich an die vorüberfahrenden Militärautos zu hängen, hat in Nied das erste Opfer gefordert. Der 12jährige Schüler Johann Gasser sprang auf einen Kraftwagen, stürzte ab und wurde auf der Stelle von dem Anhänger getötet.

* Bad Ems. In der Lahn fand man nahe der Brücke eine große Anzahl sehr wertvoller goldener Herren- und Damenuhren. Der Fund rührt vermutlich von einem auswärts begangenen Diebstahl her.

* Bad Homburg. Inmitten der Vorbereitungen zur Einrichtung des Großen Hauptquartiers brach die Revolution aus. Schon am ersten Tage verließen 1000 Soldaten ihre hiesigen Arbeitsstätten und ließen alles im Stich. Da sich niemand um die wertvollen Gegenstände, Schränke, Schreibmaschinen, Kücheneinrichtungen und ungezähltes anderes Mobiliar, kummerte, fanden diese bald Liebhaber. Bis jetzt sind für mehr als 500 000 Mark von diesem Mobiliar gestohlen.

* Höchst a. M. Zwei große, von mehreren tausend Personen besuchte Volksversammlungen sprachen sich nach Vorträgen unabhängiger Sozialisten in einstimmig angenommenen Entschlüssen für die sofortige Einberufung der Nationalversammlung aus.

— Hier eingegangene Nachrichten zufolge soll die Stadt Höchst 3000 Mann feindliche Besatzung erhalten. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Magistrat, an den maßgebenden Stellen Einspruch gegen diese alles zulässige Maß überschreitende Belastung der Stadt zu erheben.

Hanau. Der Bahnarbeiter Veitrich aus Osthelm wurde Samstag früh im Gelände des Nordbahnhofes während eines Wagganges von räuberndem Gesindel erschossen, ein anderer Beamter wurde schwer verletzt.

Griesheim b. Darmstadt. Dem Explosionsunglück auf dem Übungsplatz, worüber wir kürzlich berichteten, sind bis jetzt sechs Kinder zum Opfer gefallen. Die Jungen hatten sich, wie nunmehr festgestellt ist, an einem soeben heimgekehrten Kampfflugzeug zu schaffen gemacht. Einer stieg in das Flugzeug und drückte den Zerstörungshebel nieder, der dazu dient, den Apparat nach einer gewissen Zeit zur Explosion zu bringen, wenn der Flieger gezwungen ist, hinter den feindlichen Linien niederzugehen. Nach wenigen Augenblicken explodierte der Apparat und tötete drei Kinder auf der Stelle. Drei andere Jungen wurden so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Stunden verstarben.

Der Postverkehr über den Rhein. Der Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr mit den linksrheinischen Gebieten, sowie mit der neutralen Zone und mit Elsass-Lothringen wird auch nach Befreiung dieser Gebiete durch den Feind in vollem Umfange aufrechterhalten. Der Verkehr wird vermutlich nur einer Kontrolle durch den Feind unterworfen werden.

Ein übler Stadtkommandant. Der durch die Revolution emporgelommene Stadtkommandant Arnold in München, der nach zwei Tagen von der neuen Regierung wieder entlassen wurde, hat, wie der Lok.-Anz. zu berichten weiß, während dieser Zeit von zwei Münchener Banken 44 000 Mark herausgeschwindeln versucht. Er ist verhaftet worden, ebenso ein Kanonier namens Lechmann, der sich als Oberleutnant v. Berg und Sicherheitsvorfigender ausgab und sofort zwanzig Waggons Lebensmittel zu verschleiben trachtete. Bei ihm wurde auch eine Anzahl Wechsel gefunden, die er versilbern wollte. Die Polizei glaubt, daß sie in ihm einen schweren Jungen gefangen hat, der noch ganz andere Sachen auf dem Kerbholz haben müsse.

Die privaten Lebensmittelvorräte in Frankfurt beschlagnahmt. Alle in privaten Haushaltungen befindlichen Lebensmittelvorräte wurden durch die Bevollmächtigten des RSR beschlagnahmt und müssen spätestens am 23. November, bis auf einen jedem Haushalt zuteilgehenden Rest, abgeliefert werden. Wer gegen die Verordnung verstößt, hat sich vor dem RSR zu verantworten.

Eine Stadtverordnetenversammlung durch Waffengewalt aufgelöst. Die Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung wurde durch den Stadtpräsidenten Kramold, der mit vier bewaffneten Soldaten im Sitzungssaal erschienen war, am 21. November aufgelöst. Der Stadtverordnetenvorsteher hatte zuvor ein Schreiben des Stadtpräsidenten verlesen, durch welches der RSR das Kollegium für aufgelöst erklärte, und hierzu bemerkt, daß die Auflösung nur durch das Ministerium des Innern erfolgen könne. Das Kollegium mußte schließlich der Waffengewalt weichen.

Würdeloses Benehmen. Der RSR in Frankfurt nimmt in einem scharfen Erlaß Stellung gegen das würdelose Benehmen zahlreicher weiblicher Personen, die sich, als die Franzosen, Russen und Italiener frei ausgehen durften, diesen buchstäblich an den Hals warfen, und das angeht die heimkehrenden Kämpfer. Wer noch einmal erwischt wird, würde bis zum Abtransport der Gefangenen ins Gefängnis gesteckt und durch öffentlichen Anschlag an den Branger gestellt werden.

Die Opfer der Straßenumruhen in Berlin wurden am Vortage unter tiefer Beteiligung der Bevölkerung beigesetzt. 15 Menschen fanden bei den Unruhen in Berlin ihren Tod, aber nur acht Toten wurde die Ehre der Volksbeisetzung zuteil. Nach einer Feier auf dem Tempelhofer Feld setzte sich der gewaltige Trauerzug gegen 12 Uhr mittags in Bewegung. Die Ordnung war musterhaft. Während des Marsches durch die Stadt und während der Beisetzung der Opfer läuteten sämtliche Kirchenglocken. Am Landsberger Platz löste sich der Zug auf; nur wenige konnten an der Trauerfeier auf dem kleinen Friedhof der Märgefallenen im Friedrichshain teilnehmen. An den offenen Massengräbern leitete die Feier Gesang des Arbeiter-Sängerbundes ein. Dann sprachen Luise Bieg, Barth und Karl Liebknecht. Überwältigter Gesang und eine Ehrensalve der Matrosen beendeten die Feier.

Festnahme einer Güterräuberbande. Auf dem Güterbahnhof Hamburg-Süd wurden 18 junge Burschen im Alter von 14 bis 17 Jahren dabei überrascht, als sie einen mit Lebensmitteln, Zigarren und anderen Waren beladenen Eisenbahnwagen erbrochen hatten und berauben wollten. Ein Bahnbeamter schlich herbei, schloß plötzlich die Tür und hatte die ganze Bande gefangen. Die jugendlichen Räuber wurden dann zur Polizeiwache gebracht.

Gasgefüllte
Wotan-Lampen



Höchste Umsetzung
von Strom in Licht.

In Herborn zu haben bei
Gustav Blecher, Elektrotechnische Werkstätte.

Die 7. Armee in der Rheinprovinz und in Hessen-Nassau.

Die 7. Armee ist in die Rheinprovinz und in Hessen-Nassau eingerückt. Ich übernehme vom 21. 11. ab im Durchmarschgebiet der 7. Armee die militärische Kommandogewalt.

Ich bitte um die Unterstützung sämtlicher Behörden. Alle Dienststellen der Armee sind auf Befehl der Obersten Heeresleitung angewiesen, nur mit den militärischen Kommandobehörden und den Behörden der zivilen Verwaltung zu verhandeln. Nach Erlaß der Regierung und der Obersten Heeresleitung steht den Arbeiter- und Soldatenräten keinerlei Eingriffe in die Kommandogewalt zu, die allein in den Händen der militärischen Kommandostellen liegt.

Die Unterbringung der Armee (über 350 000 Mann und 150 000 Pferde) wird starke Anforderungen an die Bevölkerung stellen, da nicht manöverähnliche Unterbringung, sondern engste Belegung nötig ist, um die aus der Front heimkehrenden Truppen gegen die Unbilden des Winters zu schützen. Es muß die Ehrenpflicht eines jeden Bürgers sein, hierbei unter Zurückstellung der eigenen Bequemlichkeit tätig mitzuhelfen.

Der Oberbefehlshaber

gez.: von Boehn, Generaloberst.

Fort mit jeder minderwertigen Schuhkrem!

Dr. Gentner's Delwachslederputz



Nigrin

kein Teerprodukt, keine Wassercreme, stets gleichmäßige, reine Delwachsware erhält das Leder dauerhaft, gibt schönsten, auch bei Regen und Schnee haltbaren Hochglanz.

Hersteller auch des beliebten Parkettbodenwaxes Robertin:
Carl Gentner, Göppingen.

Herzliche Bitte!

Die von der Kreisfürsorgerin Meh erbetenen Wäschestücke, wie Kopfbezüge, Betttücher, nicht mehr gebrauchte Säuglings- und Kinderbettwäsche, bitte ich herzlich bei mir umgehend in den nächsten Tagen abzugeben. Es liegt dringendes Bedürfnis vor. Auch Sachen die der Ausbesserung bedürfen, werden gerne angenommen.

Herborn, den 23. November 1918.

Der Schriftführer des Frauenvereins:
Professor D. Haugen.

Zu der am Donnerstag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr im Saale des „Nassauer Hof“, Herborn stattfindenden

Versammlung

laden wir unsere Mitglieder, sowie alle demokratisch und liberal denkenden Männer und Frauen ein und bitten um zahlreichen Besuch.

Fortschrittlicher Volksverein Herborn.

Futterschneidmaschinen,

32 cm Schnittbreite, sofort lieferbar.

Herborner Pumpenfabrik.

Hilfsdienstmeldestelle Herborn

und
Städtischer Arbeitsnachweis
Haiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.
Dienststunden: 8-12 Uhr vormittags,
3-7 Uhr nachmittags.

Für dauernde Beschäftigung bei entsprechender Leistung und Führung werden gesucht:

2 Heizer

zur Bedienung von Hochdruckdampfesseln,

1 Kriegsbeschädigter

zur Vornahme leichter Arbeiten; unbehinderter Gebrauch der rechten Hand und der unteren Gliedmaßen Bedingung. Alter nach Möglichkeit nicht über 30 Jahre.

Meldungen beim Betriebsleiter der

Landes Heil- und Pflege-Anstalt
Herborn (Dillkreis).

Suche ein ordentliches
Dienstmädchen

zum 1. Dezember.

Frau Postdirektor
Pyglosiewicz.

Ein braves

Mädchen,

welches melken kann, auf
sofort gesucht.

Hr. Mehler Wwe.,
Lindenhof.

Preisliste kostenlos!

Alle Formen tells
schon tragende

Obstbäume

Beerensträucher

sowie

Rosen

Ziersträucher und

Alleebäume

empfiehlt

Siegerländer

Baumschulen

Willi Pätzold,

Weidenau Sieg)

Billigste
Preise!

Machen Sie eine
Probebestellung.

Medizinische!

Baseline

empfiehlt

Drogerie A. Doeber.

Ein Ulster

zu verkaufen. Näheres in
der Geschäftsst. ds. Bl.

Evang. Kirchenchor.

Freitag abend 8 1/2 Uhr:
Gesangsstunde: Gesamtchor.
(Kleinkinderschule.)

Geschäftseröffnung.

Den geehrten Bewohnern von
Herborn und Umgebung, sowie meiner
früheren Kundschaft zur gefl. Kenntnis-
nahme, daß ich vom heutigen Tage an
meine

Mehgerei

wieder eröffnet habe und bitte um
gütigen Zuspruch.

Herborn, 25. November 1918.

Hauptstr. 105.

Fritz Wissenbach.

Rübenschnneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt
F. W. Rincker, Sinn.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten was man hat
muß scheiden.

Wir machen hiermit die traurige Mit-
teilung, daß unser innigstgeliebtes Kind

Emmy

gestern mittag 1 1/4 Uhr nach kurzem, schwe-
ren Leiden im Alter von 4 Jahren gestorben ist.

Familie Otto Pfeiffer.

Herbach, den 25. November 1918.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. No-
vember, nachmittags 3 Uhr statt.